

# PERSPEKTIVE

## Zeitung für Solidarität und Widerstand



# Am 8. März auf die Straße!

## Nur für Reformen oder für die Frauenrevolution?

Monatlich gedruckt  
& täglich unter:  
[perspektive-online.net](http://perspektive-online.net)

### Rojava – warum es sich zu kämpfen lohnt

Bereits seit Jahrzehnten kämpft das kurdische Volk für ein eigenes Staatsgebiet. Warum es uns auch in Deutschland beschäftigen sollte, wenn Rojava von der syrischen HTS-Regierung und der Türkei angegriffen wird. > Seite 3

### Massenhafter Protest gegen ICE

In den USA setzen Nachbar:innen auf kreative Formen des Widerstands gegen ICE, etwa Straßenblockaden, Community-Patrouillen oder Schul- und Unistriks. Die Proteste zeigen, dass kollektiver Widerstand Erfolg haben kann. > Seite 6

### Arbeitskampf: 20 Jahre Streik bei der AEG

Von Januar bis März 2006 streikten die Beschäftigten der AEG für den Erhalt ihres Werks in Nürnberg. Ein intensiver Arbeitskampf, der die Schließung des Werkes zwar nicht verhindern konnte, aber trotzdem ein Erfolg für die Arbeiter:innenbewegung war. > Seite 7

### Epstein-Akten: Patriarchat im Privatjet

Vernetzt mit Kapitalist:innen, Politiker:innen, Monarch:innen und Celebrities: Die Veröffentlichungen der „Epstein Files“ offenbaren, mit welcher Skrupellosigkeit die Bourgeoisie sexualisierte Gewalt als Machtmittel benutzt. > Seite 8

Am 8. März gehen weltweit Frauen auf die Straße um gegen das Patriarchat und für ihre Befreiung zu kämpfen. Auch in Deutschland sind an diesem Tag eine Vielzahl an Aktionen. Historisch war der 8. März ein Tag, an dem die Frauen ihre Lohnarbeit bestreikten und in Russland im Jahr 1917 damit sogar eine Revolution losgetreten haben. Wofür kämpfen die Frauen der Arbeiter:innenklasse heute in Deutschland? – Ein Kommentar von Malou Winkler

Da dieses Jahr der 8. März auf einen Sonntag fällt, wird am Montag den 9. März von verschiedenen bürgerlichen Initiativen zu einem Frauenstreik aufgerufen. Dabei sollen jedoch nicht die Betriebe, sondern in erster Linie die reproduktive Arbeit, also die Arbeit im Haushalt, Kindererziehung und Pflege von Angehörigen bestreikt werden.

### Frauenkampf ist verbunden mit Klassenkampf

Von bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften über Stiftungen und Nicht-Regierungsorganisationen bis zu revolutionären Gruppierungen reicht die Spannweite, in der aufge-

rufen wird für Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und für die Befreiung der Frau.

Die Standpunkte, von denen aus diese Forderungen gestellt werden, unterscheiden sich deutlich: Gerade bürgerliche Parteien und Gewerkschaften profilieren sich mit ihren Positionen für mehr Gleichstellung. Gleichzeitig wird die Ursache des Problems nicht erwähnt. Es werden Scheinlösungen und kämpferische Positionen vermittelt, während die Realität bei Frauenquoten und Reallohnverlusten stehen bleibt.

Die tatsächlichen Ursachen werden nicht angegriffen. Dabei spüren die Frauen der Arbeiter:innenklasse die

Auswirkungen des Systems täglich. Vor allem in Berufen im sozialen oder gesundheitlichen Sektor, zudem häufig in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und mit drohender Altersarmut. Aber auch durch die tägliche Konfrontation mit patriarchaler Gewalt und Übergriffigkeit, ökonomischer Abhängigkeit vom Partner und durch die ständige Gefahr nicht ernst genommen zu werden. Für die meisten Frauen ist das Patriarchat in allen Lebensbereichen spürbar und das Bewusstsein darüber, dass etwas nicht stimmt, dementsprechend hoch. > Weiter auf Seite 2

# Streik! Streik! Streik!

Unter der Regierung von Friedrich Merz gab es für uns Arbeiter:innen bisher wenig zu lachen – und es sieht auch nicht so aus, als ob sich das bald ändern würde. In jeder zweiten Talkshow und jedem Interview der Regierenden hören wir von ihren neuen,

„genialen“ Ideen, um die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln. Für uns heißt das: Sozialabbau, Wehrpflicht, Patriarchat. Das sind mehr als genug Anlässe, um zu streiken! Aber wie eigentlich? > Seiten 4-5



Während das Patriarchat und die kapitalistische Produktionsweise aufs engste miteinander verwoben sind, werden Frauen in bürgerlichen Führungspositionen als Fortschritt vermittelt. Dass das Geschlecht keine Rolle spielt, wenn deutsche Kriegswaffen auf Palästinenser:innen oder Kurd:innen schießen, wird unter den Teppich gekehrt.

### Wir brauchen mehr als Streiks in der Reproduktionsarbeit!

Es sind auch heute hauptsächlich Frauen, welche den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit nach Feierabend tätigen. Um das überhaupt mit dem Beruf zu vereinbaren, arbeiten viele in Teilzeitstellen, was häufig mit befristeten Arbeitsverträgen einher geht. Es sind deshalb auch vor allem Frauen, die auf das Gehalt einer zweiten Person, meist des Partners angewiesen sind.

Diese Missstände aufzuzeigen und dagegen ein Zeichen setzen zu wollen, ist demnach nachvollziehbar. Schließlich wäre eine tatsächlich faire Aufteilung der Reproduktionsarbeit unter den Geschlechtern eine Verbesserung und Würde für Frauen der Arbeiter:innenklasse zu mehr finanzieller Eigenständigkeit und Selbstbestimmung führen.

In vielen Aufrufen zu den Frauenstreiks am 9. März liegt der Fokus jedoch auf der Wut und Ohnmacht. Das sind natürlich reale Gefühle, sowohl bei finanziellen Schwierigkeiten, als auch bei Erfahrungen von patriarchaler Gewalt. Doch es reicht nicht, einen Raum dafür zu schaffen, in dem Frauen sich austauschen können oder, so wie in vergangenen Jahren bei ähnlichen Aktionen, einen gemeinsamen Schrei für genau eine Minute durchzuführen. Aufgerufen wird dazu, Schilder mit der Aufschrift „Ich streike“ auf dem Arbeitsplatz zu tragen oder sich gemeinsam in Hängebatten und bequemen Stühlen aus der Reproduktionsarbeit zu ziehen. Um die Kraft der Arbeiter:innen wirklich zu entfalten und gemeinsam etwas in unserem Interesse zu verändern, reicht es nicht, die reproduktive Arbeit zu bestreiken. Für die meisten Arbeiterinnen bedeutet das in der Realität die doppelte Arbeit am nächsten Tag, falls ein Bestreiken überhaupt möglich ist.

Die Analyse, dass ohne die Arbeiterinnen tatsächlich ein großer Teil der Welt stillsteht, ist trotzdem richtig. Denn es sind die Frauen, die die Arbeiten in überlebenswichtigen Bereichen auf ihren Schultern tragen, in Schulen und Kindergärten, in Krankenhäusern und der Sozialarbeit und vielen weiteren Bereichen.

Und dazu genommen, all die Frauen die nicht in „frauentypischen“ Berufen sind, sondern in der Industrie, im Handwerk und vieles mehr – denn wenn 50 Prozent der Arbeiter:innen in einen politischen Streik treten, dann wird der Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert!

Aktionen die am 9. März stattfinden haben heute demnach wohl eher einen symbolischen Charakter, als dass dem Kapitalismus tatsächlich größerer Schaden zugefügt wird – oder tatsächlich alles still steht. Das Potential dafür wäre aber auch heute vorhanden.

### Symbolpolitik oder konsequenter Kampf

Die Klassenverhältnisse sind auch in der Frage der Frauenbefreiung äußerst relevant. Die großen Veranstaltungen sind heute dominiert von bürgerlichen Kräften, in denen richtige Auswirkungen des Patriarchats angeprangert werden – die Lösung jedoch oft schwammig bleibt.

Das Töchterkollektiv hat sich nach der rassistischen Stadtteilaussage von Friedrich Merz gegründet. Unter „#ohneunsstehtallesstill“ rufen sie bundesweit zu einem Streik in der Reproduktionsarbeit auf, mit For-

terschiede zwischen den Geschlechtern aufmerksam macht, die schlechte Bezahlung in „frauentypischen“ Berufen im Gesundheits- und Sozialwesen und die unbezahlte Reproduktionsarbeit, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird, hätte ganz klar politischen Charakter. Doch genau solche politischen Streiks sind den Gewerkschaften tatsächlich verboten, denn diese dürfen nur während den Tarifverhandlungen und auch nur zu Themen, die laut Streikrecht in einer Tarifvereinbarung regelbar wären, streiken.

Bürgerliche Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen versuchen rund um den Frauenkampftag am 8. März mit Parolen wie „Wut zu Widerstand“ eine kämpferische Stimmung zu etablieren, während sie gleichzeitig für eine Politik stehen, die Arbeiter:innen in Deutschland ärmer und ärmer werden.

Forderungen nach mehr Selbstbestimmung von den gleichen Parteien zu hören, die seit Jahrzehnten den § 218 aufrecht erhalten, welcher Abtreibungen illegalisiert, zeigt, dass es sich dabei vor allem um eine Farce handelt. Der Kampf um Selbstbestimmung, genauso wie der Kampf für mehr Rechte von Frauen und der Kampf gegen ökonomische Nachteile

die eigenständig Frauenhäuser aufbauten und Notrufnummern einrichteten.

Der Kampf für tatsächliche Veränderungen war immer verbunden mit kämpferischen Demonstrationen, Blockadeaktionen und Streiks. Diese haben sich jedoch nie nur auf Themen beschränkt, die nur Frauen betreffen. Auch gegen imperialistische Kriege, Aufrüstung und Militarisierung und für Lohnerhöhungen sind es häufig Frauen, die diese Ungerechtigkeiten auf die Straßen tragen und ein besonderes Potential zeigen die Massen zu mobilisieren.

### Wir brauchen eine proletarische Frauenbewegung!

Die richtigen Forderungen bleiben oft dabei stehen, die Missstände und Unterschiede zwischen den Geschlechtern aufzuzeigen. Zwar werden dabei hauptsächlich die alltäglichen Probleme der Arbeiterinnen benannt, falls eine Lösung formuliert wird, dann dient sie aber eher den kapitalistischen Frauen in Unternehmen und Regierung.

Diesen Widerspruch gilt es heute mehr denn je aufzuzeigen. Die Missstände die besonders die proletarischen Frauen erfahren, müssen auch zu einer Lösung im Interesse der Arbeiter:innen führen.

Dazu gehören natürlich auch symbolische Aktionen, die genau auf die Probleme unserer Klasse aufmerksam machen. Doch um Perspektiven aufzuzeigen, braucht es dabei eine Verbindung mit dem Kampf um veränderte Klassenverhältnisse. Um eine Stärkung des Kampfes gegen das Patriarchat zu erwirken, reicht es nicht bei der Betroffenheit stehen zu bleiben. Die Widersprüche zwischen Ausbeuter:innen und Arbeiterinnen gehören in diesen Kampf eingebettet. Genauso ist ein Verständnis notwendig, dass die proletarischen Arbeiterinnen ein eigenes Interesse vertreten, welches nicht gleichzusetzen ist mit den Frauen im Bundestag oder der Chefetage.

Eine kämpferische Frauenbewegung braucht eine bewusste Arbeit mit den Widersprüchen des Systems und eine Einbettung im Klassenkampf. Es braucht den bewussten Kampf gegen Patriarchat und Kapitalismus, für eine revolutionäre Veränderung statt nur Reformlösungen!



derungen zu besserer Bezahlung in Gesundheit und Sozialem, zu mehr finanzieller Absicherung bei Elternzeit und Schutz und Prävention vor patriarchaler Gewalt.

Die Gewerkschaften, wie Ver.di und DGB, haben klar ihre Unterstützung formuliert, im nächsten Satz aber bereits erklärt, dass sie die Betriebe nicht bestreiken dürfen.

Ein Frauenstreik, der auf die Lohnun-

le haben eine lange Geschichte auch innerhalb Deutschlands. Sei es das Frauenwahlrecht, dass Frauen überhaupt arbeiten gehen dürfen und eine Unabhängigkeit von Familie und Partner erlangen oder eben die Legalisierung von Abtreibungen.

Im Kampf gegen den § 218 wurden Frauenkonferenzen durchgeführt, Frauenzentren errichtet und Frauengruppen aufgebaut. Im Kampf gegen patriarchale Gewalt waren es Frauen,



# Rojava

## Eine Revolution, für die es sich zu kämpfen lohnt

Kurdishstruggle ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kurdish\\_YPG\\_Fighters\\_\(30358638660\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kurdish_YPG_Fighters_(30358638660).jpg)), „Kurdish YPG Fighters (30358638660)“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>

**Bereits seit Jahrzehnten kämpft das kurdische Volk für ein eigenes Staatsgebiet. Im Kampf dafür wurde die Rojava-Revolution ein Hoffnungsschimmer im Kampf gegen den IS und für die Frauenrevolution. Seit Wochen wird Rojava erneut angegriffen. Warum das auch uns in Deutschland beschäftigen sollte. – Ein Kommentar von Leon Wandel.**

Das kurdische Volk führt bereits seit Jahrzehnten einen Kampf um ein eigenes Staatsgebiet. Ihr historisches Siedlungsgebiet Kurdistan ist heute auf die vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Im Rahmen des syrischen Bürgerkriegs gelang es der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung ab 2012, ein eigenes Autonomiegebiet zu schaffen: Rojava, was übersetzt „Westen“ bedeutet.

Damals konnten die Kurden die syrische Armee aus Kobanê, Afrin und Jazeera zurückdrängen. Im Anschluss an diesen Befreiungsschlag wurden die ersten Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut. In den folgenden Jahren wurde die Selbstverwaltung auch auf andere Gebiete ausgedehnt.

Dabei kam es immer wieder zu brutalen Angriffen des Islamischen Staates (IS), des syrischen und türkischen Staates, so z. B. 2014 in Kobanê. Es gelang den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) jedoch, die Stadt in einer monatelangen Schlacht zu halten.

Die kurdischen Kräfte, die sich gegen die Angriffe stellten, waren zusammengesetzt aus verschiedenen Parteien und militärischen Einheiten. Ein großer Teil davon ist ideologisch vom PKK-Gründer Abdullah Öcalan beeinflusst und hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von den eigenen marxistisch-leninistischen Wurzeln entfernt. Im Zuge dessen vertreten diese Kräfte nicht mehr das Ziel, einen eigenen Nationalstaat und eine sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen, sondern lediglich eine begrenzte Autonomie innerhalb der bestehenden Staaten (Demokratischer Konföderalismus).

Ungeachtet dieser ideologischen Fragen ist es in Rojava gelungen, im Rahmen einer demokratischen Revolution teilweise die Lebensbedingungen der Assad-Diktatur zu überwinden, die aus Feudalismus, imperialistischer Ausbeutung und Patriarchat bestand. Die Rojava-Revolution hat räteähnliche Strukturen geschaffen, durch die die Bürger:innen deutlich mehr mitbestimmen können. Eine weitere Errungenschaft ist der entschiedene Kampf gegen das Patriarchat. Frauen kämpfen in den Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) für die Befreiung Rojavas und für ihre Befreiung als Frauen. Viele Frauen sind politisch engagiert und nehmen am wirtschaftlichen Leben teil. In den räteähnlichen Strukturen gibt es zudem Frauenkomitees. Rojava ist zwar eine ökonomisch schwache Region, im Vergleich zu seinen mächtigen Nachbarn wie der Türkei oder Syrien ist es jedoch ein Ort, an dem viele Minderheiten ihre Kultur und Sprache frei ausleben können. All diese Errungenschaften der demokratischen Revolution in Rojava sind seit Mitte Januar von der syrischen HTS-Regierung angegriffen worden. Die Bevölkerung muss um ihr Leben fürchten und die humanitäre Situation in Kobanê ist und bleibt verheerend.

### Deutschland ist mitschuldig

Doch was hat die Lage des kurdischen Volkes mit uns hier in Deutschland zu tun? Deutschland war in den vergangenen Jahren keinesfalls neutral, was den Kampf um Rojava angeht. Deutschland hat bereits seit Jahren gute Kontakte in die Türkei und nach Syrien. Die beiden Staaten werden

nicht nur militärisch unterstützt, etwa durch den Panzer-Export in die Türkei, sondern auch durch finanzielle Mittel. Zudem knüpft Deutschland politisch-diplomatische Kontakte in beide Länder und legitimiert somit die Angriffe. Deutschland baut auf einen guten Kontakt mit der Türkei, da diese ebenfalls Teil der NATO ist. Und in Syrien erhofft sich der deutsche Staat, neben lukrativen Geschäften auch ein „vereintes“ Syrien mit einer zentralen Regierung, in das einfacher abgeschoben werden kann. Somit ist klar, dass Deutschland mitschuldig an den Angriffen auf Rojava ist. Zudem griff Deutschland schon immer hart gegen Mitglieder der PKK durch und ließ die Partei bereits im Jahr 1993 verbieten. Noch heute sitzen dutzende Aktivist:innen hinter Gittern, weil ihnen eine Nähe zur PKK nachgesagt wurde.

### Internationale Solidarität zeigt Wirkung

Wenn Deutschland also in die Verbrennen gegen das kurdische Volk verstrickt ist, dann müssen wir auch hier vor Ort gegen das imperialistische System ankämpfen, das den Profit über das Selbstbestimmungsrecht der Kurd:innen stellt. Genau das haben in den vergangenen Wochen Zehntausende getan und sind für die Befreiung Rojavas auf die Straßen gezogen. Aus Deutschland und der Schweiz wurde eine Karawane organisiert, die sich zum Ziel gesetzt hatte, nach Kobanê vorzudringen und die Stadt zu verteidigen. Da besonders die deutschen Medien kaum ein Wort zur Lage in Rojava verloren, machte sich eine internationalistische Delegation auf nach Bakur („Norden“), dem

von der Türkei besetzten Teil Kurdistans. Die Delegation, an der auch eine Perspektive-Korrespondentin beteiligt war, wurde von türkischen Sicherheitskräften festgenommen, misshandelt und schließlich nach Deutschland abgeschoben.

Über die weltweite internationale Solidarität zeigte sich der Oberkommandierende der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) Mazlum Abdi tief bewegt. Er sprach davon, dass die Proteste, Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen sie moralisch enorm gestärkt und dazu beigetragen hätten, dass global die Aufmerksamkeit auf Rojava gelenkt wurde. Nach dem Abschluss eines Abkommens zwischen den SDF und der HTS-Regierung riefen internationalistische Kampagnen wie Woman Defend Rojava oder RiseUp4Rojava dazu auf, mit kontinuierlichem Druck dafür zu sorgen, dass sich die HTS auch daran hält. Auch wenn die Bewegung wieder abflachte und nach dem Waffenstillstand nicht mehr täglich Zehntausende auf die Straßen strömen, heißt es trotzdem, wachsam zu sein und aktiv zu bleiben.

Denn eines hat sich mit dem Abkommen nicht verändert. Deutschland tut weiterhin alles, um seine Beziehungen zur Türkei und nach Syrien zu pflegen. Der deutsche Staat wird weiterhin über Leichen gehen, um seinen Konzernen ein lukratives Geschäft in einem stabilisierten Syrien unter der Regierung der HTS zu ermöglichen. Unsere Antwort darauf muss klar sein: Lassen wir Deutschland dabei keine Ruhe, bauen wir weiter Druck auf und kämpfen wir für ein freies Rojava!

Unter der Regierung von Friedrich Merz gab es für uns Arbeiter:innen bisher wenig zu lachen – und es sieht auch nicht so aus, als ob sich das bald ändern würde. In jeder zweiten Talkshow und jedem Interview der Regierenden hören wir von ihren neuen, „genialen“ Ideen, um die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Denn der geht es überhaupt nicht gut. Und tatsächlich sah die Lage schon mal rosiger aus. Im vierten Quartal 2025 wuchs das Bruttoinlandsprodukt nur um 0,3 Prozent und wurde trotzdem gefeiert, da die düsteren Prognosen immerhin um einen Bruchteil übertroffen wurden. Die Wirtschaftskrise 2019, die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die wachsenden Spannungen mit den USA und China haben ihre Spuren hinterlassen.

Das wissen auch Friedrich Merz und seine Regierung. Und sie haben sich auch schon eine Lösung überlegt: Wir alle müssen uns zusammenraffen, den Gürtel enger schnallen und viel mehr arbeiten! Egal ob Mann oder Frau, jung oder alt, gesund oder krank.

Mit der „Aktivrente“ wurde zum Jahresbeginn bereits die erste Reform, die in diese Richtung geht, umgesetzt. Seit dem 1. Januar dürfen sich ältere sozialversicherungspflichtige Beschäftigte monatlich bis zu 2000 Euro steuerfrei hinzuverdienen. Wer also nicht von der lächerlich kleinen Rente leben kann, die man in diesem Land nach 45 Jahren Schinderei ausbezahlt bekommt, „darf“ einfach weiter arbeiten.

Andere „Reformideen“ sind zum Beispiel die Abschaffung des 8-Stundentags, des Rechts auf Teilzeitarbeit und der Telefonkrankschreibung, sowie das Selbstzahlen von Arztbesuchen. Dazu kommen die massiven Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich, unter denen Universitäten, Hochschulen, Frauenhäuser, Angebote der offenen Jugendarbeit und viele weitere bundesweit leiden.

Das Geld, welches uns Arbeiter:innen an allen Ecken und Enden gekürzt wird, fließt stattdessen in Hunderten von Milliarden in die deutsche Rüstungsindustrie und die Bundeswehr. Das ist zum einen eine bewährte Methode um die Wirtschaft, also vor allem die Rüstungsindustrie, kurzfristig anzukurbeln und zum anderen die immer offensichtlichere Vorbereitung einer aktiven deutschen Kriegsbeteiligung.

Genauso wie auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht und Zwangsdiensten für die Herrschenden eine Doppelfunktion hat: Während ein Teil der Jugend auf den Krieg vorbereitet wird, darf ein anderer mit dem Zivildienst oder wahlweise auch

dem „sozialen Pflichtjahr“ als billige Arbeitskraft die Lücken in Krankenhäusern und Pflegeheimen stopfen.

Keine dieser „Reformen“ ist in unserem Interesse, dem Interesse der Arbeiter:innen. Auch wenn Merz und Co. gerne so tun als säßen wir alle im selben Boot, handelt es sich bei all diesen Maßnahmen um Angriffe auf unseren Lebensstandard und unsere Rechte. Denn wir sind es, die 10 Stunden am Tag schufteten, bis 70 arbeiten oder an die Front ziehen sollen.

### Wer streikt wofür?

Bisher werden viele dieser Angriffe auf uns als Klasse scheinbar einfach so hingenommen. Aber es gibt auch Widerstand: Vor allem vom Streik ist in den letzten Monaten immer wieder in verschiedenen Kontexten die Rede gewesen.

Da sind zum einen die Schulstreiks gegen Wehrpflicht, die sich Ende letzten Jahres gegen die Einführung des neuen Wehrdienstgesetzes formiert und am 5. Dezember im ganzen Land die Schule bestreikt haben. Dabei handelt es sich um ein breites Bündnis aus Schüler:innen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen keine Lust darauf haben eingezogen werden. In einigen Städten schlossen sich auch Auszubildende, Studierende und Eltern den Streikenden an.

Am 5. Dezember waren deutschlandweit 55.000 Menschen auf der Straße. Den nächsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht soll es am 5. März geben. Wenige Tage später, am 9. März, soll es einen Frauenstreik geben. Dazu aufgerufen hat unter anderem das „Töchterkollektiv“, eine bundesweite Bewegung, die zeigen will, was passiert, wenn Frauen ihre Arbeit niederlegen.

Und natürlich gab es im letzten Monat auch die Verhandlungen um den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), in denen Arbeiter:innen aus Krankenhäusern, Unis und Bildungseinrichtungen streikten, um Druck auf die Tarifkommission auszuüben. Auch im öffentlichen Nahverkehr legten die Beschäftigten ihre Arbeit nieder.

Hier hat sich wenig überraschend wieder einmal gezeigt, welche „Erfolge“ die Gewerkschaft für die Arbeiter:innen erringen kann. Trotz einer großen Beteiligung der Beschäftigten und einer vielerorts deutlich spürbaren Wut auf die Sozialkürzungen, nahm diese das Angebot der Bosse an: 5,8 Prozent Lohnerhöhung auf eine Gesamtlaufzeit von 27 Monaten.

International, vor allem in den USA, gab es in letzter Zeit spannende Entwicklungen was das Thema Streik angeht. In Minneapolis riefen Akti-

vist:innen und Gewerkschaften zum Generalstreik gegen die Abschiebebehörde ICE auf, die seit Wochen die Bevölkerung der Stadt terrorisierte und im Januar zwei Demonstrant:innen – Renée Good und Alex Pretti – ermordete.

### Streik ist nicht gleich Streik

Doch Streik ist nicht gleich Streik. Vor allem nicht, wenn es nach deutsche Gesetzen geht. Offiziell darf in Deutschland nämlich nur gestreikt werden, wenn der Streik von einer Gewerkschaft getragen ist und auf ein tarifliches Ziel gerichtet ist. Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht und der Frauenstreik sind also, zumindest juristisch, keine legalen Streiks.

Verlässt man einmal gedanklich die engen Beschränkungen des deut-

schen Arbeitsrechts, könnte man sagen ein klassischer Streik ist die kollektive Arbeitsniederlegung der Arbeiter:innen eines oder mehrerer Betriebe, um die eigenen Interessen gegen die der Kapitalist:innen durchzusetzen. Sprich mehr Lohn, mehr Urlaub, Tarifbindung, usw. usf. Aber auch gegen Entlassungen oder Werksschließungen wurde und wird immer wieder gestreikt.

Streiks bei denen es vor allem um wirtschaftliche Kämpfe wie diese geht, werden auch ökonomische Streiks genannt. Und nur diese Form von Streik ist in Deutschland legal. Es gibt aber auch den sogenannten politischen Streik. Wie der Name schon vermuten lässt, geht es dabei dann um politische Forderungen, die durchgesetzt werden sollen.

# Streik! Streik!

Sozialabbau, Wehrpflicht, Patriarchat: Anlässe genug um zu streiken



Gute Beispiele dafür sind zum Beispiel die Streiks der Hafnarbeiter:innen in Italien und Griechenland gegen den Genozid in Gaza und Waffenlieferungen an Israel. Die Kolleg:innen haben also ihre ökonomische Macht genutzt, um politische Forderungen aufzustellen. In diesem besonderen Fall haben sie durch die Arbeitsverweigerung auch ganz direkt die Waffenexporte blockiert.

Der Schulstreik gegen die Wehrpflicht und der Frauenstreik nehmen beide jeweils noch mal besondere Rollen ein. Der Schulstreik gegen Wehrpflicht hat einen politischen Charakter, seine Hauptforderung ist, dass die Wehrpflicht nicht wieder eingeführt werden. Theoretisch könnten Schüler:innen aber auch ökonomische Forderungen aufstellen: kostenloses

Essen in der Mensa und kostenlose Lernmittel für alle wären hier denkbare ökonomische Forderungen.

Die Schüler:innen haben natürlich nur im übertragenen Sinne eine Produktionsmacht. Soll heißen: Anders als wenn Arbeiter:innen die Arbeit niederlegen, haben die Kapitalist:innen dadurch, dass Schüler:innen nicht zur Schule gehen erst mal keine ökonomischen Einbußen. Aber je öfter gestreikt wird und je umfassender der Streik die Schüler:innenschaft ergreift, umso stärker gefährdet der Schüler:innenstreik die Vorbereitung der Jugend auf ihre zukünftige Aufgabe als Arbeiter:innen.

Auch der Frauenstreik ist eine besondere Form des Streiks und es gibt verschiedene Arten der Frauenstreiks. Historisch gesehen gab es einige sehr

bedeutende Frauenstreiks, bei denen Frauen ihre Lohnarbeit niedergelegt haben. So zum Beispiel der Frauenstreik am 8. März 1917, im zaristischen Russland, der den Anfang vom Ende des Ersten Weltkriegs markierte.

Heutzutage geht es bei Frauenstreiks eher darum, dass Frauen die Sorgearbeit die sie in der Gesellschaft unentgeltlich verrichten – also das tägliche Putzen, Kochen, Wäsche waschen, Kinder erziehen und so weiter – niederlegen. Darum soll es auch dieses Jahr beim Frauenstreik am 9. März gehen.

### Politischer oder ökonomischer Streik? Warum nicht beides!

Dass der politische Streik in Deutschland verboten und politische und ökonomische Streiks in Deutschland so scharf voneinander getrennt sind, ist eine besondere Situation. In anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Italien sind politische Streiks vom allgemein liberalerem Streikrecht gedeckt.

So kommt es auch, dass es beispielsweise in Italien immer wieder Streiks in Solidarität mit der Bevölkerung von Gaza gab. Eine Form des Protests die in Deutschland heute wie ein weit entfernter Traum scheint. Das höchste der Gefühle war es hier in den letzten Jahren, als ver.di ihre Warnstreiks im Hamburg Hafen 2024 so legte, dass sie mit der Entscheidung zum „MSC-Deal“ zusammenfielen: Offiziell war der Streik kein politischer, aber von der gesamten Aufmachung und dem Ausdruck der Streikdemonstration her, war klar, dass es vor allem darum ging, gegen den Ausverkauf des Hamburger Hafens an die private Reederei MSC zu protestieren.

Allgemein lässt sich sagen, dass die DGB-Gewerkschaften auch kein Interesse daran haben, große politische Streiks zu entfachen oder das restriktive Streikrecht überhaupt infrage zu stellen. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeiter:innen unter ihrer reformistischen Fahne zu vereinen, die gerechtfertigte Wut über Reallohnverlust, Sozialkürzungen und Aufrüstung in systemkonforme Bahnen zu leiten und dann die zwei, drei, vier oder fünf Prozent mehr Lohn als riesigen Erfolg zu verkaufen.

Sie sind gelbe Gewerkschaften, weil sie im Rahmen der Sozialpartnerschaft ganz im Sinne der Bosse handeln, ihre Mitglieder von vorne bis hinten veräppeln und gegen Sozialist:innen und Kommunist:innen in ihren eigenen Reihen vorgehen.

Abseits der gelben Gewerkschaften gibt es manchmal „wilde Streiks“. Also Streiks, die ohne Gewerkschaft

organisiert werden. 2021 zum Beispiel traten Arbeiter:innen des Lieferdienstes Gorillas in den wilden Streik. Ein anderes Beispiel sind die LKW-Fahrer, die 2023 mehrere Wochen auf der Autobahnraststätte Gräfenhausen streikten, weil ihnen seit Monaten der Lohn nicht gezahlt wurden.

### Generalstreik Jetzt?

Inspiziert von den Streiks in Italien oder auch Minneapolis meinen einige, dass es heute auch in Deutschland Zeit für den politischen Generalstreik wäre. Und es gab und gibt auch immer wieder Initiativen in diese Richtung.

Im Oktober 2023 zum Beispiel gab es einen „Generalstreik“, der in Solidarität mit Palästina und gegen die Demonstrationsverbote in Berlin-Neukölln ausgerufen und vor allem auf der Sonnenallee eine Wirkung entfaltet hat. Aus dem Generalstreik wurde aber eher ein Ladenbesitzerstreik. Denn es waren vor allem die Ladenbesitzer – und gezwungenermaßen auch ihre Angestellten – die an diesem Tag streikten, während ein Großteil der Arbeiter:innen arbeiten ging.

Und hier zeigt sich auch schon die Schwierigkeit, die mit der Forderung nach dem Generalstreik, der in Deutschland übrigens auch verboten ist, einhergeht: Es gibt heute keine politische Kraft, die ein so großes Vertrauen in der Arbeiter:innenklasse besitzt, als dass sie einen Großteil von ihnen zum Streiken bewegen könnte.

Dazu kommt, dass man auch mit den Folgen des wilden, also verbotenen, Generalstreiks umgehen können muss. Denn ohne den juristischen Schutz, den die Gewerkschaften bieten, wird jeder der unentschuldigt nicht zur Arbeit kommt, mit Lohnverlust, einer Abmahnung oder im schlimmsten Fall mit einer fristlosen Kündigung rechnen.

Das soll nicht heißen, dass der Generalstreik unmöglich ist. Doch ein alleiniges Ausrufen des Generalstreiks wird uns nicht den gewünschten Erfolg bringen – um Millionen von Arbeiter:innen dazu zu mobilisieren, massenhaft die Arbeit niederzulegen, müssen wir vor allem das Vertrauen und den Rückhalt unserer Klasse in vielen gemeinsamen Kämpfen gewinnen.

Es sind erste Schritte in die richtige Richtung, wenn Schüler:innen und Frauen heute für politische Forderungen streiken. Bringen wir uns in diese Bewegungen ein und vergrößern wir ihre Basis, muss auch ein Generalstreik kein entfernter Traum bleiben.

# Streik! Streik!

Streiken! Aber wie eigentlich? – Ein Kommentar von Alex Lehmann.



# Massenhafter Protest gegen ICE-Abschiebungen

In den USA setzen Nachbar:innen auf kreative Formen des Widerstands gegen ICE, etwa Straßenblockaden, Community-Patrouillen oder Schul- und Unistriks. Die Proteste zeigen, dass kollektiver Widerstand Erfolg haben kann. Eine Lektion, die auch für Deutschland gilt: Frühzeitige Selbstorganisation, Kreativität und mutige Aktionen können viel bewirken. - Ein Kommentar von Alexandra Baer.

Lärm vor Hotels, in denen ICE-Agenten übernachten sollen, Straßenblockaden, selbstgebaute Umleitungen und Gemeindeprouillen, zugekettete Tore, Streuwagen, die Straßen blockieren, und Abschleppwagen, die ICE-Fahrzeuge entfernen – die Arbeiter:innen in den USA finden derzeit vielfältige Wege, den ICE-Agenten möglichst viele Steine in den Weg zu legen.

ICE wurde nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegründet, um die Abschottungspolitik der USA zu verschärfen. Unter Donald Trump kam es schon in der ersten Amtszeit zu massenhaften Razzien und Familientrennungen; die Behörden kündigten 2024 täglich 3.000 Festnahmen an. Ende Januar 2026 befanden sich über 70.000 Menschen in Abschiebehaft. Festnahmen durch ICE erfolgen oft allein aufgrund von Akzent, Herkunft oder Beruf – auch legal Aufenthaltsberechtigte und Indigene sind betroffen, ebenso Menschen bei Terminen oder routinemäßigen Meldungen.

## Nachbarschaftliche Selbstorganisation als Reaktion auf Gewalt

Bereits im Sommer 2025 reagierten Bürger:innen in Kalifornien mit selbstorganisierten Nachbarschaftsinitiativen, um sich gegen die Übergriffe der ICE-Beamten zu schützen. Es wurden sogenannte „Community Patrols“ eingerichtet, also selbstorganisierte Patrouillen in der Nachbarschaft. Mittlerweile hat sich dieses Konzept auf zahlreiche Städte ausgeweitet: In San Diego etwa patrouillieren Lehrkräfte noch vor Sonnenaufgang rund um Schulen, beobachten verdächtige Fahrzeuge und warnen Familien über soziale Medien, Gruppen-Chats oder Megafone. Inzwischen wurden die Patrouillen auch auf Straßenkontrollen ausgeweitet, bei denen Fahrzeuge von Anwohner:innen angehalten und überprüft werden.

Patrouillieren hat besonders in Minneapolis eine Tradition: In den 60er Jahren gründeten das American Indian Movement, eine indigene Be-

wegung, und die Black Panther Party Bürger:innenpatrouillen, um auf Polizeigewalt zu reagieren. Viele bestehende Nachbarschaftsorganisationen, etwa Unión del Barrio, arbeiten seit den 1990er Jahren in migrantischen Vierteln und ermöglichen so schnelle Vernetzung und effektiven Schutz. Besonders belastend für die indigene Bevölkerung ist, dass Festgenommene ins ICE-Zentrum auf dem Gelände von Fort Snelling gebracht werden – einem historischen Internierungslager für Dakota und Ho-Chunk. „History repeats itself“, sagen Mitglieder der indigenen Gemeinschaft.



Fibonacci Blue from Minnesota, USA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Abolish ICE March and Day of Action (41308130880).jpg), „Abolish ICE. March and Day of Action (41308130880)“, https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode

Die Gewalt durch ICE, aber auch die Proteste haben sich seit Anfang des Jahres nochmal deutlich verschärft: Mindestens acht Menschen wurden durch Maßnahmen von ICE getötet – besonders der Mord an Renée Nicole Good, die Anfang Januar von einem ICE-Agenten durch ihr Autofenster erschossen wurde, als sie fliehen wollte, führte zu einer Welle an Protesten.

Nach dem Mord an Alex Jeffrey Pretti am Rande eines Protests Ende Januar haben Generalstreiks mit mehr als 100.000 Teilnehmer:innen in Minneapolis stattgefunden, die sich schnell auf andere Städte ausweiteten.

## Tausende in Schul- und Unistriks gegen ICE

In zahlreichen Bundesstaaten der USA haben tausende Schüler:innen und Studierende sogenannte „Walkouts“ veranstaltet, um gegen das Vorgehen der Einwanderungsbehörde ICE und die Abschiebepaxis der Trump-Regierung zu protestieren.

Besonders scharf reagierten die Behörden in Texas auf die Schulstreiks: Gouverneur Greg Abbott drohte damit, Schulen staatliche Mittel zu entziehen, sollten sie die Proteste dulden. Die texanische Bildungsbehörde

Die Proteste erzielten erste Erfolge: Grenzschutzbeauftragter Tom Homan kündigte an, den groß angelegten Einsatz von ICE in Minneapolis weitgehend zu beenden. In einer Kleinstadt bei Minneapolis konnte durch Proteste sogar der Bau einer neuen ICE-Haftanstalt verhindert werden. Außerhalb von Minneapolis plant die US-Regierung jedoch weiterhin umfangreiche Abschiebungen; für 2026 sind über 38 Milliarden US-Dollar (rund 32 Milliarden Euro) für den Ausbau neuer Abschiebezentren vorgesehen.

## Auch wir müssen mutig und kreativ werden

Die Proteste gegen ICE in Minneapolis und anderen US-Städten zeigen eindrücklich, dass kollektiver Widerstand und nachbarschaftliche Selbstorganisation Wirkung entfalten können. Zur schnellen und kreativen Organisation gegen das ICE-Abschieberegime haben jedoch auch die Erfahrungen revolutionärer Bewegungen der 1960er Jahre sowie die jahrzehntelange Verankerung von Nachbarschaftsorganisationen beigetragen.

Und genau das sollten wir für Deutschland mitnehmen: Auch hier ist der Faschismus auf dem Vormarsch. Und um in den Situationen, in denen es drauf ankommt, kollektiv reagieren zu können, braucht es schon jetzt eine Verankerung in verschiedenen Stadtvierteln und schon jetzt Ansätze praktischer Solidarität.

Was uns die Arbeiter:innen der USA und Minneapolis auch gezeigt haben: Man muss sich auch manchmal was trauen und kreativ werden. Sei es, die Dienstwagen zu blockieren, damit ICE-Agent:innen nicht losfahren können, sich ans Büro des Bürgermeisters zu ketten oder ein Rockkonzert vor Hotels, in denen ICE-Agent:innen übernachten, zu veranstalten. Dazu braucht es eine gute Portion Durchsetzungsvermögen.

# 20 Jahre Streik bei der AEG

Von Januar bis März 2006 streikten die Beschäftigten der AEG Hausgeräte GmbH für den Erhalt ihres Werks in Nürnberg. Ein intensiver Arbeitskampf, der die Schließung des Werkes zwar nicht verhindern konnte, aber trotzdem ein Erfolg für die Arbeiter:innenbewegung war. Was wir daraus lernen können, erklärt Eric Hausmann.

Der Nürnberger AEG-Streik von 2006 fand in einer besonderen politischen Lage in Deutschland statt. In den 1990er Jahren hatte sich die Arbeiter:innenbewegung auf einem Tiefpunkt befunden: Im Osten wurde die Wirtschaft ohne große Gegenwehr im Interesse der BRD-Kapitalist:innen abgewickelt, im Westen gab es kaum Gegenwehr gegen die Zerstückelung der Produktionsketten in den großen Industrien. In den 2000er Jahren geriet das deutsche Kapital vor allem durch die Globalisierung und die neu zu erobernden Märkte in Osteuropa und Asien unter Druck. Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder beschloss vor diesem Hintergrund 2003 die „Agenda 2010“, die „Hartz IV“ einführt und die Entstehung eines prekären Niedriglohnssektors vorbereitete.

Gegen diese Politik regte sich nicht erst bei der AEG Widerstand. Schon in den Jahren zuvor hatte es verschiedene Streiks gegeben: Unter anderem gegen die Werksschließung bei Opel in Bochum, bei Infineon, Siemens oder Bosch. Auch die Protestbewegung der Montagsdemonstrationen gegen die Hartz IV-Reformen, zu deren Höhepunkt rund 200.000 Arbeiter:innen 2004 auf die Straße gingen, waren Ausdruck eines Aufschwungs der Arbeiter:innenbewegung.

## Spontaner Widerstand gegen die Werksschließung

Anfang der 2000er Jahre war die Globalisierung auch in der Haushaltsgerätebranche auf dem Vormarsch. Die „weiße Ware“ sollte nicht mehr vom Einzelteil bis zum Endprodukt in einem Werk gefertigt werden. Stattdessen sollten die ersten Arbeitsschritte in Billiglohnländer verlagert werden und nur noch die Endmontage in Deutschland erfolgen. Bei der AEG in Nürnberg war es nach der Übernahme durch den schwedischen Konzern Electrolux noch drastischer: Die Produktion sollte nach Polen verlagert und das Werk in Nürnberg komplett geschlossen werden. Für die Beschäf-

tigten und ihre Familien hätte das häufig entweder Hartz IV oder die Annahme deutlich schlechter bezahlter Jobs bedeutet. Besonders betroffenen hiervon waren migrantische und ältere Kolleg:innen mit schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Deshalb entlud sich nach der Ankündigung des Plans sofort der Unmut in der Belegschaft: Ein bedeutender Teil legte spontan die Arbeit nieder oder verzögerte den Produktionsprozess über mehrere Tage. Der AEG-Streik begann.

Akteure in der Auseinandersetzung waren neben der Belegschaft, der IG Metall und dem von ihr angeführten

Rückhalt in der Belegschaft. Somit startete die IG Metall im Januar 2006 einen legalen Streik für einen Sozialtarifvertrag, der jedoch von breiten Teilen der Belegschaft mit dem Ziel geführt wurde, die Schließung des Werks zu verhindern. Im Laufe des Kampfes schwenkte die IGM noch weiter nach rechts und versuchte unter der Losung „Die AEG ist Deutschland“ die Arbeiter:innen auf einen nationalistischen und chauvinistischen Kurs einzuschwören, anstatt sich im Kampf mit den Arbeiter:innen in anderen Ländern zu verbünden.

Nach mehreren Wochen im Streik bei Minusgraden an den Feuertonnen

derstandsbewegung ein wichtiger politischer Moment.

## Widerstand gegen Stellenabbau und Standort-schließungen heute

Gerade heute ist die Frage des Kampfes gegen Stellenabbau und Standort-schließungen so präsent wie in den letzten 20 Jahren nicht. Seit dem 1. Januar 2025 haben Unternehmen in Deutschland den Abbau von rund 75.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Jedoch hat das deutsche Kapital auch aus Kämpfen wie bei der AEG, bei

Opel Bochum oder bei Daimler in Untertürkheim gelernt und geht heute vorsichtiger vor. Der Stellenabbau wird über mehrere Jahre gestreckt und vollzieht sich schleichend zuerst durch die ausbleibende Neubesetzung auslaufender Stellen, oder Konzepte wie die Altersteilzeit, Abfindungsangebo-

te und bisher nur punktuell durch Entlassungen. Gleichzeitig ist die Widerstandsfähigkeit in der Arbeiter:innenklasse auf einem geringeren Niveau. Zwar wird inzwischen häufiger gestreikt, jedoch vor allem in Form von ritualisierten Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie, dem Öffentlichen Dienst oder dem Baugewerbe. Gelegentliche Warnstreiks dienen zum Dampf ablassen, verhindern jedoch, dass die Arbeiter:innen Kampferfahrungen im unbefristeten Streik sammeln, welche bitter notwendig wären, um dem Stellenabbau und kommenden Schließungen etwas entgegen zu setzen. Klar ist, die DGB-Gewerkschaften werden den Arbeiter:innen diese Erfahrungen nicht schenken, sondern es benötigt die Initiative klassenkämpferischer Arbeiter:innen und Unterstützung aus der politischen Widerstandsbewegung und den Stadtteilen, um eine Bewegung aufzubauen, welche diesen Kampf ernsthaft aufnehmen kann.



Betriebsrat verschiedene antikapitalistische und revolutionäre Kräfte. Die Arbeitsgemeinschaft Nürnberger Arbeitsloser (ANA) klärte die Belegschaft z. B. darüber auf, was der Jobverlust bedeutet. Das Nürnberger Sozialforum schuf eine Präsenz für das Thema in der Stadtgesellschaft z. B. durch einen breiten Käuferboykott. Verschiedene Gruppierungen organisierten Solidarität aus dem Stadtteil und setzen immer wieder kämpferische Akzente in der Auseinandersetzung.

## Kampf um die Ausrichtung des Streiks

Die verschiedenen Kräfte, die im Rahmen des AEG-Streiks aktiv waren, kämpften auch um dessen Losungen und Ziele: Die IG Metall wollte sich darauf beschränken, einen Sozialtarifvertrag mit Abfindungen auszuhandeln und somit die Werksschließung widerspruchlos abzuwickeln. Dagegen trugen revolutionäre Kräfte die Losung „Die AEG bleibt!“ in den Kampf und gewannen dafür breiten

und einer breiten bundesweiten Aufmerksamkeit schloss die IG Metall über das Faschingswochenende einen Deal mit dem Konzern. Zwar wurde eins der größten Abfindungspakete in der Geschichte der BRD ausgehandelt, jedoch wurde damit auch die Schließung des Werks besiegelt. Der Betriebsrat stimmte der Entlassung der Beschäftigten zu: Zuallererst mussten die gehen, die sich am meisten im Streik engagiert hatten. Manipulative Abstimmungsbögen und eine Schönfärberei des Ergebnisses trugen dazu bei, dass letztendlich die Mehrheit der Kolleg:innen für eine Annahme stimmte.

Auch weil die revolutionären Kräfte nicht stark genug waren und keine vertiefte Verankerung in der Belegschaft aufbauen konnten, konnte keine Gegenwehr mehr geschaffen werden. Das Werk wurde bis 2007 immer weiter verkleinert und letztendlich komplett geschlossen. Trotzdem bleibt der Streik vor allem durch seine Selbstbestimmtheit und die Verbindung mit der politischen Wi-

# Patriarchat im Privatjet

Die Liste der Namen von Kapitalist:innen, Politiker:innen, Monarch:innen und Celebrities, die derzeit in Verbindung mit dem verurteilten Sexualstraftäter Jeffrey Epstein gebracht werden, ist lang. Die Veröffentlichungen der „Epstein Files“ offenbaren, mit welcher Skrupellosigkeit die Bourgeoisie sexualisierte Gewalt als Machtmittel benutzt. – Ein Kommentar von Mohannad Lamees.

Wohl kaum eine andere Akte beschäftigt die Öffentlichkeit so sehr wie die „Epstein Files“ – die riesige Sammlung von Millionen Dokumenten, Bildern und Videos aus den Ermittlungen amerikanischer Sicherheitsbehörden gegen Jeffrey Epstein und Ghislaine Maxwell wegen Sexualverbrechen und systematischem Kindesmissbrauch. Was in den vergangenen Monaten Stück für Stück von den amerikanischen Behörden, gegen den Willen von Präsident Trump, veröffentlicht wurde, bestätigt den Instinkt, den viele von uns längst hatten: Die Reichen und Mächtigen verfügen skrupellos über diejenigen, die sie unterdrücken – im Falle von Epstein vor allem über Frauen und Mädchen. Dieser Instinkt ist richtig. Und doch heißt das längst nicht, dass nun alle Verschwörungstheoretiker:innen behaupten dürfen, dass in den Epstein-Akten die Bestätigung für ihre kruden, oft reaktionären Behauptungen zu finden seien. In den Millionen von Daten, vor allem in den Mails von Epstein, tauchen unzählige Namen und Hinweise auf – es ist in den meisten dieser Fälle schwer für uns, nun genau nachzuvollziehen, wer zu welchem Grad wie am Vergewaltigungsnetzwerk von Epstein beteiligt gewesen ist.

## Kein Einzelfall, sondern System...

Der eigentliche Skandal ist ohnehin nicht, dass einzelne Reiche und Mächtigen Dreck am Stecken haben. Der

eigentliche Skandal ist, wie Epstein es in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre geschafft hat, durch Druck und Erpressung die Strafverfolgung und auch die mediale Berichterstattung



gegen ihn auf ein Minimum zu beschränken. Der Skandal ist auch, dass als erste deutliche Hinweise auf seine Täterschaft bekannt wurden und er 2008 eine Haftstrafe wegen Zwangsprostitution einer Minderjährigen antreten musste, trotzdem offenbar niemand aus seinem riesigen Netzwerk aus Politiker:innen, Monarchen und Berühmtheiten von ihm abrückte. Man machte weiter gemeinsam Geschäfte, man flog weiterhin gemeinsam im Privatjet, man traf sich in seinen Villen in Palm Beach, New York und Paris oder auf seiner Insel, man pflegte Geschäftsbeziehungen. Seine Kontakte bestanden aus weiten Teilen der globalen Finanzoligarchie. Diese Rückendeckung für patriarchale Gewalttäter ist bei weitem keine Sache, die nur unter Reichen und Mächtigen vorkommt. Doch Epstein nut-

zte ganz gezielt seinen Reichtum und seine Bekanntschaften aus, um mit sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen seine Machtinteressen durchzupressen – nicht nur direkt ge-

genüber Frauen und Mädchen aus der Arbeiter:innenklasse, sondern auch gegenüber seinen Geschäftspartner:innen, denen er als Zuhälter Kontakte mit Frauen und Mädchen verschaffte und sein Wissen dann offenbar gezielt als Druckmittel einsetzte.

## ... auch in Deutschland

Sexualisierte Gewalt, dafür ist das Treiben Epsteins nur ein weiterer Beweis, gehört zur Politik der Bourgeoisie. Und das nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland. Die Deutsche Bank beispielsweise finanzierte nicht nur Kriege und Aufrüstung, sondern offenbar auch – zumindest zeitweise – den Menschenhandelring von Epstein, zu einem Zeitpunkt als Epstein bereits wegen Zwangsprostitution verurteilt

war und andere Banken ihn als Kunden ablehnten. Tatsächlich ist unter anderem in den Millionen von nun veröffentlichten Dokumenten nachvollziehbar, dass sich Zuständige aus der Abteilung für besonders finanzstarke Privatkunden aus dem deutschen Geldhaus hochofreut darüber gezeigt hatten, Epstein als Kunden gewonnen zu haben. Und auch unabhängig von Epsteins Verbrechen ist aus deutschen kapitalistischen Kreisen längst bekannt, wie Sex und Prostitution gezielt als Teil des Geschäfts eingesetzt werden. Über den Versicherungskonzern Ergo wurde beispielsweise Anfang der 2010er Jahre bekannt, dass er für seine besten Vertreter regelmäßig Sex-Partys mit Dutzenden Prostituierten in verschiedenen europäischen Städten, unter anderem Budapest und Hamburg, veranstaltete. In den 2000er Jahren wurde zudem über den VW-Konzern bekannt, dass sich Konzernchefs immer wieder die Kosten für Luxusurlaube und Prostituierte als „Spesen“ abrechnen ließen. Quittungen dafür stellte immer wieder auch der damalige VW-Personalchef Peter Hartz aus – der selbe Hartz, der zeitgleich zur Veruntreuung der VW-Gelder für die SPD das Hartz-4-Programm entwickelte und somit einen der größten Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse in Deutschland der letzten Jahrzehnte mitverantwortete.

## PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



**V.i.S.d.P.:**  
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.  
Homarstraße 64  
51107 Köln

## PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:  
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:  
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:  
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:  
<https://t.me/perspektiveon>

## PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



## MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:  
<https://perspektive-online.net/printabo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:  
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:  
<https://perspektive-online.net/spenden>